

Die österreichische Krise.

Wien, 22. Juni. (Priv.-Tel.) Ein neuer Einfall, von dem man sich seltsamerweise viel versprochen hatte, ist schon abgetan. Graf Clam-Martinik hat endgültig seine Demission gegeben, weil die Polen sich weigerten, ohne die Tschechen in das Kabinett einzutreten, d. h. Tschechen es unter allen Umständen aber ablehnten, der Regierung irgend etwas zu bewilligen. Die Idee, wenn man sie so nennen darf, über die Not des Augenblicks hinwegzukommen mit einer Regierung, in der alle Völkerschaften Österreichs wenn auch ohne Portefeuille vertreten sein sollten, stammt zwar von der Rechten des Hauses, die Linke hätte aber keine Schwierigkeiten bereitet, und der Minister des Außereren konnte damit nur einverstanden sein, weil damit der ganzen Welt bewiesen wäre, daß es in Österreich tatsächlich keine von Staatswegen unterdrückten Nationen gibt. Wäre das Experiment gelungen, so hätte man tatsächlich auch von einer glücklichen Wendung sprechen können. Aber erfahrene Österreicher standen der ganzen Sache von vornherein skeptisch gegenüber. Es war doch fast naiv zu glauben, daß nach den Vorgängen der letzten Wochen die Parteien und Nationalitäten ohne vorherige sachliche Uebereinkunft sich in ein Kabinett zusammensetzen würden, nur um der Regierung die verlangten Kredite zu bewilligen. Es ist den Polen und auch den übrigen Slawen übrigens gar nicht daran gelegen, dem österreichischen Staat das Leumundszeugnis auszustellen, daß er niemand unterdrückt. Wenigstens die Tschechen und die Südslawen leben doch politisch geradezu von der entgegengesetzten Behauptung. Sie wollen jetzt auch nicht Österreich, sondern ihre nationalen Sonderstaaten und zwar mit dem Rechte der Aufhebung und Ausübung der deutschen Minderheit. Ueber diesen Gegensatz ist mit sogenannten Hausmitteln wie einer Parlamentarisierung des Kabinetts nicht hinauszukommen. Es wird auch schwerlich innerhalb Österreichs entschieden werden. Welchen Entschluß man nun an der maßgebenden Stelle fassen wird, ist noch unbekannt. Leicht wird keiner sein; denn man möchte wohl Ordnung machen, wie es die Situation erfordert, aber zugleich weitestgehende Rücksicht auf die Möglichkeit des sogenannten „demokratischen“ Friedens nehmen. Vermutlich verliert man es zunächst nur mit einem farblosen Beamtenkabinett, das nur das Budgetprovisorium, die Verlängerung der Mandatsdauer und die Einberufung der Delegation von dem Haus verlangen und vielleicht auch bekommen wird.

Wien, 22. Juni. (W. B.) Die Morgenblätter führen ziemlich übereinstimmend das Scheitern des Planes des Ministerpräsidenten Clam-Martinik für die Bildung eines Konzentrationsministeriums darauf zurück, daß dieser nicht die gleiche Aufnahme bei allen Parteien fand und von verschiedenen Seiten Bedenken und neue Forderungen aufstachelte, die im Kabinettschef die Ueberzeugung hervorriefen, daß er seinen Auftrag im gegebenen Momente nicht erfüllen könne. Mehrfach weisen die Blätter darauf hin, daß Clam-Martinik vielleicht seine Person als Hindernis für die Durchführung seines Programms betrachte, woraus er die Konsequenzen gezogen habe. Ueberwiegend herrscht die Meinung vor, daß zunächst ein Uebergangskabinett berufen werde, um die Staatsnotwendigkeiten möglichst rasch von dem Abgeordnetenhaus verabschieden zu lassen und Vorkehrungen für die Durchführung des Planes eines Konzentrationskabinetts zu treffen.